

# Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 7. Februar 1933

Nr. 6

Tag	Inhalt:	Seite
4. 2. 33.	Verordnung zur Abänderung der Zweiten Preussischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 . . . . .	21
4. 2. 33.	Verordnung über die Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	21
4. 2. 33.	Verordnung über die Festsetzung des Wahltags für die kommunalen Neuwahlen . . . . .	22

(Nr. 13829.) Verordnung zur Abänderung der Zweiten Preussischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 (Gesetzsamml. S. 293). Vom 4. Februar 1933.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) wird verordnet:

## Artikel I.

§ 6 Abs. 4 des ersten Teiles der Zweiten Preussischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 (Gesetzsamml. S. 293) erhält folgende Fassung:

Unter Auflösung der bestehenden vier Berufspädagogischen Institute und unter Verschmelzung ihrer Lehrkörper ist ein einheitliches staatliches Berufspädagogisches Institut zu errichten. Soweit die bisher bestehenden Berufspädagogischen Institute als unselbständige örtliche Abteilungen des einheitlichen staatlichen Berufspädagogischen Instituts neugebildet werden, sind die an den früheren Berufspädagogischen Instituten mehrfach vertretenen Fachrichtungen an einzelnen Abteilungen möglichst einheitlich zusammenzufassen.

## Artikel II.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Februar 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Eugenberg.

Pöppig.

(Nr. 13830.) Verordnung über die Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände. Vom 4. Februar 1933.

Auf Grund des § 122 der Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875 in der Fassung vom 22. März 1881 (Gesetzsamml. S. 233) und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Provinzialordnungen, des § 84 der Hohenzollerischen Amts- und Landesordnung vom 2. April 1873 in der Fassung vom 9. Oktober 1900 (Gesetzsamml. S. 323), des § 179 der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 in der Fassung vom 19. März 1881 (Gesetzsamml. S. 179) und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Kreisordnungen, des § 79 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 261) und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Städteordnungen, des § 32 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (Gesetzsamml. S. 123) und des § 27 des Gesetzes über die vorläufige Regelung

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 21. Februar 1933).  
Gesetzsammlung 1933. Nr. 13829—13831.



verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts für die Hauptstadt Berlin vom 30. März 1931 (Gesetzamml. S. 39), des § 142 der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 (Gesetzamml. S. 233) und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Landgemeindeordnungen, des § 82 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetzamml. S. 265) und des Artikels 28 des Gesetzes, betr. die Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz, vom 15. Mai 1856 (Gesetzamml. S. 435) in Verbindung mit Artikel 82 der Preussischen Verfassung vom 30. November 1920 werden sämtliche Provinziallandtage, die Kommunallandtage der Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel und des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande, die Kreistage, die Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden sowie die Bezirksversammlungen der Verwaltungsbezirke der Stadtgemeinde Berlin und die Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen aufgelöst.

Des weiteren werden die Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden der Provinz Hannover sowie die Stadtverordnetenversammlungen in den Städten in Neuborpommern und Rügen aufgelöst.

Berlin, den 4. Februar 1933.

(Siegel.)

## Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Göring.

(Nr. 13831.) **Verordnung über die Festsetzung des Wahltags für die kommunalen Neuwahlen.** Vom 4. Februar 1933.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) wird verordnet:

### § 1.

Die Neuwahl der durch Verordnung des Staatsministeriums vom 4. Februar 1933 aufgelösten Provinziallandtage, der Kommunallandtage der Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel und des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande, der Kreistage, der Gemeindevertretungen der Stadt- und Landgemeinden sowie der Bezirksversammlungen in den Verwaltungsbezirken der Stadtgemeinde Berlin und der Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen finden am 12. März 1933 statt.

### § 2.

(1) Die kommunalen Neuwahlen werden untereinander verbunden.

(2) Der Minister des Innern wird ermächtigt, von den Fristbestimmungen des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen (Gemeindewahlgesetz) vom 9. April 1923 (Gesetzamml. S. 83) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (Gesetzamml. S. 99) sowie des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 (Gesetzamml. S. 123) abzuweichen.

### § 3.

Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen.

Berlin, den 4. Februar 1933.

(Siegel.)

## Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen.

Göring.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und

Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W. 9, Linkestraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.